

**abgeschlossen am
6. Mai 2009**

	<u>Seite</u>
1. Obama-Administration unterstützt Sanierung von <i>Chrysler</i> über ein Konkursverfahren	1
2. Budget Resolution 2010 verabschiedet	2
3. Repräsentantenhaus für schärfere Regulierung des Kreditkartengeschäfts	4
4. Präsident Obama schlägt Gesetz zur Bekämpfung von Steueroasen vor	6
5. Gesetzliche Neuregulierung des Immobilienmarktes im Congress umstritten	7
6. Demokraten uneins über weitere Untersuchung von Folterpraktiken	8
7. <i>Congressional Progressive Caucus</i> kritisiert Mittelanforderung Präsident Obamas für Irak und Afghanistan	11
8. Senator Arlen Specter wechselt zu den Demokraten	12

1. Obama-Administration unterstützt Sanierung von *Chrysler* über ein Konkursverfahren

Präsident Barack Obama hat Ende April 2009 dem US Autohersteller Chrysler die volle Unterstützung der Administration bei der Durchsetzung der Unternehmenssanierung über ein Konkursverfahren zugesichert.

Nachdem Verhandlungen zwischen der Administration, Chrysler, dem italienischen Autohersteller Fiat sowie den betroffenen Gewerkschaften und Kreditgebern über ein Sanierungskonzept am Widerstand einer kleinen Gruppe von Investoren gescheitert waren, sah sich die Geschäftsführung von *Chrysler* zur Anmeldung des Konkurses mit dem Ziel einer Restrukturierung genötigt.

Das Repräsentantenhaus hatte im Dezember 2008 ein Paket von Finanzbeihilfen für die strauchelnden Automobilkonzerne angenommen, dessen Verabschiedung jedoch im Senat scheiterte (vgl. CR 11-12/2008, S. 1).

Die Bush-Administration hat zur Abwendung eines unmittelbar drohenden Konkurses von *Chrysler* und *General Motors* (GM) daraufhin Überbrückungsbeihilfen aus dem *Troubled Asset Relief Program* (TARP), ursprünglich als Rettungsfond für den Finanz- und Bankensektor angelegt, zur Verfügung gestellt.

Die Obama-Administration hat diesen Ansatz übernommen, die Fortsetzung der Beihilfen aber mit harten Auflagen verbunden.

So musste die Geschäftsführung von *Chrysler* ihre Ablösung akzeptieren; die Gewerkschaften mussten tiefe Leistungseinschnitte hinnehmen und die Investoren herben Verlusten zustimmen.

Die Abwertung von Krediten auf 33 Prozent ihres Nennwertes stieß allerdings auf den entschiedenen Widerstand einer Minderheit der Investoren, die sich in einem Konkursverfahren und nach Verkauf von Vermögensbeständen von *Chrysler* höhere prozentuale Rückzahlungen erhofften.

Präsident Obama kritisierte die Investorengruppe in einer Pressekonferenz ungewöhnlich scharf als unverantwortlich und sozial gewissenlos. Vertreter der Investoren bestanden jedoch darauf, es sei legitim, die Interessen der Geldgeber in einem regulären Rechtsverfahren zu vertreten.

Das ausgehandelte Sanierungskonzept sieht vor, dass der Krankenversicherungsfonds für Pensionäre der *United Auto Workers*-Gewerkschaft (UAW) 55 Prozent der Geschäftsanteile übernimmt, die US-Bundesregierung 8 Prozent und die kanadische Regierung, die ebenfalls finanzielle Unterstützung bereitstellt, 2 Prozent.

Fiat soll zunächst 20 Prozent der Anteile sowie die Geschäftsführung des Konzerns übernehmen. Nach Abschluss der Sanierung soll der *Fiat*-Anteil auf 35 Prozent anwachsen. Die Gewerkschaften sowie die US-Bundesregierung sollen über Vertreter im Aufsichtsrat an der Geschäftsführung beteiligt werden.

Führende Vertreter der Demokraten im Congress wie Senate Majority Leader Harry Reid (D-Nevada) begrüßten das Vorgehen der Administration nachdrücklich. Auf Seiten der Republikaner und Repräsentanten der betroffenen Staaten und Wahldistrikte stieß das Vorgehen jedoch auf ein geteiltes Echo.

Während einige konservative Republikaner, die ohnehin eine Sanierung über einen Konkurs favorisierten, die harten Auflagen positiv bewerteten, sprachen andere von einem kalten Griff der Administration nach präzedenzloser Macht bei ihrem Eingriff in das Wirtschaftsgeschehen.

Insbesondere unter Abgeordneten aus dem betroffenen Staat Michigan regte sich Unmut über die scharfen Einschnitte, die neben Leistungskürzungen für Arbeitnehmer auch einen drastischen Abbau von Produktionskapazitäten vorsehen.

Obwohl das unter der Bush-Administration eingeführte TARP-Programm Präsident Obama umfangreiche Handlungsvollmachten gewährt, müssen weiterführende Stützungsmaßnahmen, wie ein Eintauchprogramm für Altfahrzeuge, das den Absatz von energieeffizienteren Neuwagen fördern soll, vom Congress gebilligt werden.

Im Congress, insbesondere im Senat, besteht allerdings nach wie vor kein Konsens darüber, wie ein flankierendes Rettungskonzept für die US-Autobranche aussehen soll und in welchem Ausmaß sich der Bund in diesem Wirtschaftssektor engagieren sollte.

2. Budget Resolution 2010 verabschiedet

Der mehrheitlich demokratisch kontrollierte 111. Congress hat am 29. April 2009 seine Budget Resolution für das Haushaltsjahr 2010 verabschiedet. Im Repräsentantenhaus wurde die Fiscal Year 2010 Budget Resolution mit 233 zu 193, im Senat mit 53 zu 43 Stimmen angenommen. Im Senat stimmten drei und im Repräsentantenhaus 17 Demokraten gegen die Annahme der Resolution, während die republikanischen Minderheitsfraktionen in beiden Kammern geschlossen ihre Zustimmung verweigerten.

Mit der Budget Resolution legt der Congress seit der Verabschiedung des Budget and Impoundment Control Act im Jahr 1974 (Public Law 93-344) den groben jährlichen Finanzrahmen für die Haushaltszuweisungen fest. Im Rahmen des sich anschließenden Haushaltszuweisungsprozesses wird unterschieden zwischen der Ermächtigung der Sache nach (*Authorization*) und der Bewilligung der Höhe nach (*Appropriation*), so dass von einem dreistufigen Haushaltsprozess durch den amerikanischen Congress gesprochen werden muss.

Der Congress besitzt nach dem Willen der Verfassungsgeber die alleinige „Power of the Purse“, d. h. er hat das Recht „to lay and collect taxes, duties, imposts, and excises, to pay the debts and to provide for the common defense and general welfare of the United States“, wie es in Artikel 1, Abschnitt 8 der amerikanischen Verfassung von 1787 heißt.

Im Rahmen der Budget Resolution 2010, die rechnungstechnisch den Zeitraum vom 1. Oktober 2009 bis 30. September 2010 abdeckt, hat

- der Congress ein Haushaltsvolumen der amerikanischen Bundesregierung in Höhe von insgesamt 3,55 Billionen USD beschlossen.

Davon sollen etwas mehr als eine Billion USD auf den Bereich des sogenannten *discretionary spending* entfallen, also jene Aufwendungen, über die der Congress im Gegensatz zum sogenannten *mandatory spending* frei entscheiden kann. In den Bereich des „mandatory spending“ gehören die Aufwendung für *Medicare, Medicaid, Social Security* und Schuldentilgung, an die der Congress aufgrund von Vorfestlegungen budgetpolitisch gebunden ist und wo so gut wie keine Handlungsspielräume für ihn bestehen.

In den Bereich des „discretionary spending“ fallen die Rüstungsausgaben, für die der Congress im Haushaltsjahr 2010 ein Gesamtvolumen von etwa 688 Mrd. USD anvisiert. Davon sollen 534 Mrd. USD dem Verteidigungsministerium und etwa 22 Mrd. USD dem Energieministerium für nukleare Waffenprogramme zufallen. Die restlichen 130 Mrd. USD in diesem Ausgabenbereich sollen für die laufenden Militäroperationen im Irak und in Afghanistan verwendet werden.

Folgt man dem *Center for Arms Control and Proliferation*, dann dürften sich die Rüstungsausgaben 2010 im Vergleich zum laufenden Haushaltsjahr 2009, das politisch noch der 110. Congress und Präsident George W. Bush zu verantworten hatten, um etwa 3,7 Prozent oder 20 Mrd. USD erhöhen. Inflationbereinigt geht das Center von einer Steigerung im amerikanischen Rüstungshaushalt 2010 von etwa 1,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr aus.

Neben den groben Festlegungen für 2010 weist die Budget Resolution auch Rahmenüberlegungen für die Haushaltsjahre 2011 bis 2015 aus, wobei vor dem Hintergrund der katastrophalen Wirtschaftsentwicklung derzeit unklar ist, wie hoch die Neuverschuldung der amerikanischen Bundesregierung jährlich ausfallen wird. Hier gingen die ursprünglichen Schätzungen des Repräsentantenhauses und des Senats für das Haushaltsjahr 2014 von etwa 500 bzw. 600 Mrd. USD aus, wobei das *Office of Management and Budget* derzeit mit einer Neuverschuldung von etwa 750 Mrd. USD im Jahr 2014 kalkuliert.

Unabhängig davon ist es den Demokraten auf Wunsch Präsident Barack Obamas gelungen, wichtige prozedurale Bestimmungen mit Blick auf die geplante umfassende

Reform des Krankenversicherungssystems (vgl. CR 1-2/2009, S. 12) in der Budget Resolution 2010 zu verankern.

Diese als *Reconciliation* bezeichneten Bestimmungen begrenzen die Zahl der Zusätze, die im Rahmen der geplanten Reform des Krankenversicherungssystems im Senat eingebracht werden können, auf maximal 20. Darüber hinaus hebeln sie die Blockade einer Gesetzesinitiative durch *Filibuster* aus, indem sie für die Verabschiedung einer entsprechenden Gesetzesvorlage die einfache Mehrheit von 51 Stimmen festlegen.

Nach der Geschäftsordnung des Senats bedarf es eigentlich einer Dreifünftelmehrheit von 60 Stimmen, um im Wege eines sogenannten *Cloture* ein *Filibuster* zu beenden, was der Opposition die Möglichkeit einräumt, mit nur 40 Stimmen ein Gesetzesvorhaben der Mehrheit zu blockieren. Diese Möglichkeit ist den Republikanern nun mit Blick auf die geplante Reform des Krankenversicherungssystems im Rahmen der Verabschiedung der Budget Resolution 2010 genommen worden.

Allerdings hat diese prozedurale Maßnahme dazu geführt, dass im Senat nicht nur die Republikaner, sondern auch zwei Demokraten, Robert C. Byrd (West Virginia) und Max Baucus (Montana), gegen die Budget Resolution gestimmt haben.

Während die demokratischen Fraktionsführungen die Verabschiedung der Budget Resolution 2010 generell sehr positiv bewerteten, kritisierten die Republikaner die aus ihrer Sicht unverantwortliche Verschuldung des Bundes, die im kommenden Haushaltsjahr 1,2 Billionen USD überschreiten dürfte und sprachen wie *Minority Leader* John R. Boehner (R-Ohio) von einem Schritt in Richtung eines „socialist government“.

3. Repräsentantenhaus für schärfere Regulierung des Kreditkartengeschäfts

Das Repräsentantenhaus hat Ende April 2009 mit großer Mehrheit eine Gesetzesvorlage angenommen, die die Änderungsmöglichkeiten der Konditionen für Kreditkarten scharf einschränkt.

Für die Gesetzesvorlage stimmten 357 Abgeordnete beider Fraktionen, dagegen nur 70 zumeist konservative Republikaner.

Die von der Obama-Administration unterstützte Initiative reagiert auf den verbreiteten Unmut der Öffentlichkeit über gängige Praktiken von Kreditkartenunternehmen, die einseitig Nutzungsbedingungen ändern.

Insbesondere die teilweise drastischen Anhebungen der Zinssätze und Säumnisgebühren haben nicht nur zur Verärgerung der Bürger geführt, sondern auch zu Befürchtungen, dass solche Praktiken angesichts der Wirtschaftskrise eine wachsende Zahl von Kunden in eine Schuldenfalle und damit die Zahlungsunfähigkeit treiben.

Die Gesetzesvorlage sieht im Einzelnen vor, dass

- Zinserhöhungen auf bestehende Schulden nur in Ausnahmefällen (wie dem Auslaufen von vereinbarten Sonderkonditionen oder bei längerer Nichtzahlung von Raten) erlaubt sein sollen,
- Zinserhöhungen mindestens 45 Tage vorher angekündigt werden müssen,
- Ratenzahlungen zumindest anteilmäßig auf die Schulden mit der höchsten Zinsbelastung angerechnet werden,
- die Berechnung von Gebühren auf der Basis mehrerer Abrechnungsperioden (*double-cycle billing*) untersagt wird und
- die Vergabe von Kreditkarten an Minderjährige nur mit Nachweis ihrer individuellen Zahlungsfähigkeit zulässig ist.

Konservative Kritiker und Wirtschaftsvertreter sehen in den scharfen Einschränkungen eine ernste Bedrohung der Verfügbarkeit von schnellen und unkomplizierten Kreditoptionen für die Konsumenten.

Angesichts des unverändert harten Wettbewerbs der Unternehmen um Kunden in den USA sollten die notwendigen Risikoneubewertungen und entsprechende Anpassungen der Konditionen dem Marktprozess überlassen werden.

Befürworter der restriktiven Regulierung halten dagegen, dass die aktuellen Schwierigkeiten von Finanzunternehmen, die erhebliche staatliche Beihilfen erhalten haben, aus sozialen oder wirtschaftspolitischen Gründen nicht auf dem Rücken der ohnehin bedrängten Konsumenten behoben werden sollten.

Ungeachtet der breiten Zustimmung zu der beschlossenen Vorlage in beiden Parteien ist das Ergebnis der Beratungen im Senat noch nicht abzuschätzen.

Das Repräsentantenhaus hatte bereits in der vorhergehenden Legislaturperiode ein Regulierungsgesetz verabschiedet, das vom Senat jedoch nicht behandelt wurde.

Senator Christopher Dodd (D-Connecticut), der Vorsitzende des Bankenausschusses, drängt auf die Annahme eines von ihm eingebrachten Entwurfs, der in Einzelbestimmungen noch über die Version des Repräsentantenhauses hinausgeht.

Die Gegner scharfer Restriktionen können im Senat jedoch nicht nur auf konservative Republikaner bauen, sondern auch auf demokratische Senatoren aus Staaten wie North Dakota oder New Jersey, in denen Kreditunternehmen zu den größten Arbeitgebern gehören.

Vor dem Hintergrund der Konjunkturkrise und des öffentlichen Meinungstrends, der

das Geschäftsgebaren der Finanzunternehmen wesentlich für die akuten Wirtschaftsprobleme verantwortlich macht, ist jedoch eine Einigung zwischen den beiden Kammern als wahrscheinlich anzusehen.

4. Präsident Obama schlägt Gesetz zur Bekämpfung von Steueroasen vor

Präsident Barack Obama hat Anfang Mai 2009 eine Gesetzesinitiative vorgelegt, die steuerliche Vergünstigungen für Auslandsinvestitionen von Unternehmen wie Einzelpersonen streicht und eine stärkere Kontrolle durch die Finanzbehörden ermöglichen soll.

In einer Rede anlässlich der Vorstellung der Initiative hob Präsident Obama hervor, dass eine steuerliche Bevorteilung der Schaffung von Arbeitsplätzen im Ausland gegenüber inländischen Investitionen unter den gegenwärtigen Umständen nicht vertretbar sei.

Im Kern zielt der Vorstoß der Administration darauf,

- die Steuerbefreiung von Auslandsgewinnen auszusetzen, die außerhalb der USA angelegt oder investiert werden.

Insbesondere sollen Abschreibungen auf Auslandsinvestitionen gestrichen werden, solange die Gewinne aus diesen Investitionen nicht in den USA versteuert werden.

Im Gegenzug soll ein bisher temporäres Programm, das steuerliche Vergünstigungen für Forschungs- und Entwicklungsausgaben in den USA bietet, dauerhaft festgeschrieben werden.

Die Streichung der Steuervergünstigungen für Unternehmen sollen zwischen 2011 und 2020 schätzungsweise 190 Mrd. USD erbringen, die verstärkte Heranziehung von Auslandserträgen von Einzelpersonen weitere 9 Mrd. USD.

Die Kosten der Festschreibung der Subventionen für die heimische Forschung und Entwicklung werden im gleichen Zeitraum mit ca. 75 Mrd. USD veranschlagt.

Vertreter von Wirtschaftsverbänden und Unternehmen kritisierten den Vorstoß Obamas heftig. Sie sehen hierin eine gravierende Benachteiligung von US-Unternehmen im internationalen Wettbewerb.

Die USA sind gegenwärtig die einzige große Wirtschaftsnation, die Auslandserträge von Unternehmen einer zusätzlichen inländischen Besteuerung unterzieht.

Allerdings betonte Präsident Obama, die effektive Besteuerung von Auslandsgewinnen habe in den zurückliegenden Jahren bei kaum mehr als 2 Prozent gelegen.

Senator Mitch McConnell (R-Kentucky), der Führer der Opposition in der zweiten Kammer, beteuerte, er unterstütze das Vorgehen der Administration gegen Steuerhinterziehung jeder Art. Eine steuerliche Benachteiligung von US-Unternehmen gegenüber ausländischen Firmen sei dagegen mit ihm nicht zu machen.

Verhalten äußerte sich auch Max Baucus (D-Montana), der Vorsitzende des Finanzausschusses des Senats. Baucus beharrte darauf, dass eine steuerliche Benachteiligung der Wirtschaft im internationalen Wettbewerb nicht das Ziel einer Reform sein könne, und versprach eine sorgfältige Prüfung des Vorschlags.

Während damit das schärfere Vorgehen der Administration gegen Steuersünder, das ein Wahlkampfversprechen Obamas aufgreift, kaum auf Widerstand stößt, steht einer Änderung der steuerlichen Sonderbehandlung von Auslandsgewinnen vor hohen Hürden und scheint ohne Zugeständnisse an Wirtschaftsinteressen kaum durchsetzbar.

5. Gesetzliche Neuregulierung des Immobilienmarktes im Congress umstritten

Eine umfassende Neuregulierung des US-Immobilienmarktes, der durch die spekulationsgetriebenen Finanzierungspraktiken und den Konjunkturereinbruch in eine tiefe Krise gestürzt ist, bleibt unbeschadet der drängenden Probleme im Congress umstritten.

Das Repräsentantenhaus hat Anfang März 2009 eine Gesetzesvorlage angenommen, die die hoch kontroverse Bestimmung enthält, dass Konkursrichter notleidende Kredite dem aktuellen Marktwert der beliebigen Immobilie anpassen können, um so eine Zwangsversteigerung abzuwenden.

Um vor allem Kritikern aus den eigenen Reihen entgegenzukommen, hat die Führung des Repräsentantenhauses um *Speaker* Nanci Pelosi (D-California) Änderungsvorschläge aufgenommen, die es den Konkursrichtern erlauben, alternativ die Zinssätze der Kredite zu senken, ohne die Kreditsumme selbst zu korrigieren, und eventuelle Gewinne aus Hausverkäufen anteilmäßig den Kreditgebern zuzuschreiben.

Die demokratische Mehrheit setzte die leicht abgeänderte Version mit 234 gegen 191 Stimmen durch, wobei sich jedoch eine Reihe zentristischer und gemäßigt-konservativer Demokraten dem ablehnenden Votum der republikanischen Opposition anschlossen.

Die Befürworter des richterlichen Eingriffsrechts beharren darauf, dass mit Hilfe solcher tiefgreifender Einschnitte die weiter anschwellende Konkurswelle am Immobilienmarkt eingedämmt werden kann.

Die republikanischen und demokratischen Kritiker halten jedoch unverändert daran fest, dass die vorgesehenen Kreditanpassungen unverantwortliches finanzielles Verhal-

ten auf Kosten der Allgemeinheit belohnen und die ohnehin angeschlagenen Banken zu stark belasten würden.

Die laufenden Kompromissverhandlungen im Senat haben bisher noch zu keinem greifbaren Lösungsweg in dieser strittigen Frage geführt.

Vertreter von zwei Verbänden kleinerer Banken, die *National Association of Federal Credit Unions* (NAFCU) und die *Independent Community Banker Association of America* (IACBAA), haben sich zwischenzeitlich unter Protest aus den Senatsverhandlungen zurückgezogen.

Gegen den Widerstand der betroffenen Banken, die eine schwere Belastung und mögliche weitere Einschränkung der Vergabe von Immobilienkrediten befürchten, ist eine 60-Stimmen-Mehrheit für eine Vorlage im Senat, die für die Beendigung der Debatte gegen ein *Filibuster* notwendig ist, kaum zu erreichen.

Vertreter der Obama-Administration, deren eigenes, Anfang des Jahres eingebrachtes Stützungspaket (vgl. CR 1-2-2009, S. 3) eine entsprechende Bestimmung enthält, ermutigten die Mitglieder des Congress zur Kompromissbereitschaft.

Mit Blick auf die anhaltend gravierenden Schwierigkeiten des privaten Immobilienmarktes ist es nicht vorstellbar, dass der Congress keine gesetzlichen Lösungen anbietet.

6. Demokraten uneins über weitere Untersuchung von Folterpraktiken

Im Congress sind sich die Demokraten über die Frage uneinig, ob zur Aufklärung der nun offiziell bekannt gewordenen Folterpraktiken der CIA gegenüber sogenannten „unlawful enemy combatants“ während der Präsidentschaft George W. Bushs (vgl. CR 11-12/2007, S. 3) eine unabhängige Untersuchungskommission eingerichtet werden soll.

Während *Speaker* Nancy Pelosi (D-California) einen solchen Schritt ebenso wie John Conyers (D-Michigan), der Vorsitzende des *House Judiciary Committee*, sowie Patrick Leahy (D-Dermont), der Vorsitzende des *Senate Judiciary Committee*, begrüßen würden, hat sich *Senate Majority Leader* Harry Reid (D-Nevada) gegen eine öffentliche Untersuchung der Politik der sogenannten *Preventive Detention* der Bush-Administration (vgl. CR 11-12/2007, S. 4; CR 2-3/2008, S. 4) ausgesprochen.

Reid favorisiert eine nicht-öffentliche Untersuchung der Zusammenhänge durch die Geheimdienstausschüsse des Congress, die bis zum Ende des Jahres 2009 abgeschlossen sein soll. Anderenfalls sei eine Beschädigung der Moral der *Intelligence Community* zu befürchten. Deshalb müsse es zunächst einmal darum gehen, „die Fakten herauszufinden“.

Präsident Barack Obama hatte am 16. April 2009 vier zuvor als „streng geheim“ eingestufte Memoranden des *Office of Legal Counsel* (OLC) des amerikanischen Justizministeriums zum Thema „Preventive Detention“ aus den Jahren 2002 und 2005 der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Sie sind einzusehen unter:

- http://luxmedia.vo.llnwd.net/o10/clients/aclu/olc_08012002_bybee.pdf
- http://luxmedia.vo.llnwd.net/o10/clients/aclu/olc_05102005_bradbury46pg.pdf
- http://luxmedia.vo.llnwd.net/o10/clients/aclu/olc_05102005_bradbury_20pg.pdf
- http://luxmedia.vo.llnwd.net/o10/clients/aclu/olc_05302005_bradbury.pdf

Aus dem ersten, nun freigegebenen Memorandum, das vom damaligen *Assistant Attorney General* Jay. S. Bybee am 1. August 2002 unterzeichnet wurde, geht hervor, dass die Anwendung von 10 Verhörmethoden durch die CIA, darunter das sogenannte „Waterboarding“ (das simulierte Ertrinken eines Gefangenen), durch das OLC *de facto* autorisiert wurden. Im Jahr 2005 wurde diese Rechtsauffassung durch das *Office of Legal Counsel* erneut im Detail diskutiert. So heißt es beispielsweise in der Fußnote 56 zu einem Memorandum vom 10. Mai 2005, das die Unterschrift des damaligen *Principal Deputy Assistant Attorney General* Steven G. Bradbury trägt:

„It is unclear whether a detainee subjected to the waterboard in fact experiences it as „threat of imminent death“. We understand that the CIA may inform a detainee on whom this technique is used that he would not be allowed to drown. Moreover, after multiple applications of the waterboard, it may become apparent to the detainee, that, however frightening the experience may be, it will not result in death. Nevertheless, for purposes of our analysis, we will assume that the psychological sensation of drowning associated with the use of the waterboard may constitute a “threat of imminent death” with the meaning of section 2340-2340A.”

Dann wird auf Seite 46 des Dokuments ausgeführt:

„Moreover, in their professional judgment based on this experience and the admittedly different SERE (Survival Evasion Resistance and Escape - die Redaktion) experience, (...) officials inform us that they would not expect the waterboard to cause such harm. Nor do we believe that the distress accompanying use of the techniques on five days in a 30-day period, in itself, could be the “prolonged mental harm” to which the statute refers. (...) Nonetheless, without in any way minimizing the distress caused by this technique, we believe that the panic brought on by the waterboard during the very limited time it is actually administered, combined with any residual fear that may be experienced over a somewhat longer period, could not be said to amount to the “prolonged mental harm” that the statute covers.”

Es ist inzwischen darüber berichtet worden, dass alleine bei zwei Al Kaida zugerechneten Gefangenen im August 2002 und März 2003 das sogenannte *Waterboarding* über 200 Mal angewendet wurde, um Aussagen über die Operationen des Terrornetzwerkes zu erzwingen.

Präsident Barack Obama hat in einer seiner ersten Amtshandlungen am 22. Januar 2009 im Rahmen einer *Executive Order* (13491) mit Verweis auf die Genfer Konvention und das Übereinkommen gegen Folter den Verzicht der USA auf grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung von „individuals in United States custody“ unterstrichen. In einer Rede vor Mitarbeitern der CIA am 20. April 2009 hat er auch deutlich gemacht, dass er die Identität und Sicherheit der CIA-Bediensteten schützen will und ihm nicht an Strafvergeltung gelegen ist. Inwieweit er die Einsetzung einer „Truth Commission“ zur weiteren Untersuchung der Gesamtzusammenhänge befördern wird, bleibt abzuwarten.

Der Streitkräfteausschuss des Senats hat mittlerweile seinen 232 Seiten umfassenden Bericht mit dem Titel: „Inquiry into the Treatment of Detainees in U.S. Custody“ veröffentlicht. Er kann seit dem 22. April 2009 unter: http://armed-services.senate.gov/Publications/Detainee%20Report%20Final_April%2022%202009.pdf abgerufen werden. Die Zusammenfassung des Berichts war schon im Dezember 2008 der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden (vgl. CR 11-12/2008, S. 4).

In diesem *Executive Summary* hatte das *Senate Armed Services Committee* schwere Vorwürfe gegen frühere hochrangige Mitglieder der Bush-Administration erhoben, denen sie vorwarf, für die jetzt im Detail bekannt gewordenen Folterexzesse die direkte politische Verantwortung zu tragen. Inwieweit die Geheimdienstausschüsse des Congress und deren damalige Vorsitzende und *Ranking Minority Members* informiert waren, ob der Congress informiert war bzw. seine Kontrollfunktion wahrgenommen hat, bleibt ebenso weiter auszuleuchten wie die Kommandokette innerhalb der Administration. Der frühere Vizepräsident Richard Cheney hat gefordert, nicht nur die Memoranden des Justizministeriums, sondern auch die Ergebnisse der Befragungen durch die CIA öffentlich zu machen, um die Debatte in einen erweiterten Kontext zu rücken.

7. Congressional Progressive Caucus kritisiert Mittelanforderung Präsident Obamas für Irak und Afghanistan

Im Repräsentantenhaus hat der Congressional Progressive Caucus, ein Zusammenschluss liberal-progressiver Demokraten, der derzeit 76 Mitglieder zählt, den von Präsident Barack Obama eingebrachten Zusatzhaushalt 2009 für die Militäroperationen im Irak und in Afghanistan kritisiert.

Lynn Woolsey (D-California), ein führendes Mitglied des *Caucus* monierte, dass „damit die Besatzung des Irak mindestens bis Ende 2011 fortgesetzt und unsere (die der

USA - die Redaktion) militärische Präsenz auf unbestimmte Zeit vertieft und ausgehnt wird.“

Präsident Barack Obama hat den Abzug eines großen Teils der amerikanischen Truppen aus dem Irak bis zum August 2010 angekündigt und damit eines seiner zentralen Wahlkampfversprechen eingelöst. Bis zu diesem Zeitpunkt sollen von den derzeit 140.000 amerikanischen Soldaten etwa 90.000 zurückgenommen werden, sodass Ende 2010 nur noch etwa 50.000 amerikanische Soldaten im Irak stünden. Allerdings hat er in Afghanistan mit Verweis auf die prekäre militärische Situation eine Aufstockung der amerikanischen Truppenkontingente um 17.000 Soldaten und 4.000 Militärberater angekündigt.

Der von Obama nun dem Congress zur Bewilligung vorgelegte Zusatzhaushalt 2009

- hat einen Umfang von 83,4 Mrd. USD, wovon 75,5 Mrd. für die laufenden Kosten der Militäroperationen im Irak und in Afghanistan eingesetzt werden sollen.

Einige liberale Kritiker in den Reihen der Demokraten befürchten, dass Präsident Obama sich unter dem Einfluss seiner zivilen und militärischen Berater Stück für Stück von seinem Wahlkampfversprechen entfernen und auf einen zügigen, vollständigen Abzug aus dem Irak verzichten könnte. Sie warnen außerdem vor einer weiteren militärischen Eskalation in Afghanistan. Der Congress hatte im vergangenen Jahr einen Zusatzhaushalt für die beiden von den USA geführten Kriege in Höhe von 65,9 Mrd. USD bewilligt. Insgesamt wurden so in Bushs letztem Amtsjahr 190 Mrd. USD für die Militäroperationen im Irak und in Afghanistan bewilligt, etwa 40 Mrd. USD mehr als nun für 2009 vorgesehen sind.

Es wird allgemein erwartet, dass der Congress trotz der Kritik aus den Reihen des *Congressional Progressive Caucus* die angeforderten Zusatzmittel noch vor dem *Memorial Day*, also dem 25. Mai 2009, bewilligen wird.

8. Senator Arlen Specter wechselt zu den Demokraten

Im Senat hat der Republikaner Arlen Specter (Pennsylvania) am 30. April 2009 seine Partei verlassen und sich der demokratischen Mehrheitsfraktion angeschlossen. Damit verfügen die Demokraten jetzt über 59 Sitze im Senat und könnten ihre Fraktionsstärke je nach Ausgang der immer noch nicht abgeschlossenen Senatswahlentscheidung im Bundesstaat Minnesota (vgl. CR 1-2/2009, S. 14), wo der *State Supreme Court* im Juni 2009 über die Senatswahl entscheiden will, perspektivisch sogar auf 60 Sitze erhöhen.

Durch den Wechsel von Arlen Specter sind die Demokraten unter Führung von *Senate Majority Leader* Harry M. Reid sehr nahe an jene Dreifünftelmehrheit von 60 Stim-

men gerückt, mit der sie legislative Blockaden der republikanischen Minderheitsfraktion durch *Filibuster* jederzeit beenden könnten. Damit wäre der Weg frei für eine umfassende Kontrolle des 111. Congress durch die Demokraten, die auch im Repräsentantenhaus über eine Mehrheit verfügen (vgl. auch CR 1-2/2009, S. 16).

Allerdings gilt Arlen Specter, der sich nun den Demokraten angeschlossen hat, als ausgesprochen unabhängig in seinem Stimmverhalten. Das hatte er schon während seiner 28 Jahre als Mitglied der republikanischen Senatsfraktion immer wieder unter Beweis gestellt. So stimmte er beispielsweise im Februar 2009 mit den Demokraten für Barack Obamas umfangreiches Konjunkturprogramm, das ohne seine Unterstützung (und die der Republikanerinnen Olympia Snowe und Susan Collins (beide Maine)) keine Dreifünftelmehrheit gehabt hätte und damit von den Republikanern, die sich ansonsten der Vorlage verweigerten, mittels Filibuster hätte blockiert werden können (vgl. CR 1-2/2009, S. 1). Umgekehrt stimmte Specter aber nun gleich nach seinem Parteiwechsel im Rahmen der Budget Resolution 2010 gegen die sogenannten *Reconciliation*-Bestimmungen (vgl. Punkt 2) und damit gegen seine neue, demokratische Fraktion.

Specters Motiv für seinen Parteiwechsel war, wie er unumwunden zugab, persönlich politisch begründet. Da er befürchten musste, in der Vorwahl um die republikanische Nominierung für die Senatswahl 2010 zu verlieren und sich das *National Republican Senatorial Committee* zum offenen Feind gemacht hatte, war sein politisches Überleben zwangsläufig an einen Parteiwechsel geknüpft.

Sitzverteilung im Senat – 111. Congress (Stand Mai 2009)

	111. Congress	110. Congress
Demokraten	57	49
Unabhängige*	2	2
Republikaner	40	49
Vakant**	1	-

* Die parteiunabhängigen Senatoren Joseph Lieberman (Connecticut) und Bernie Sanders (Vermont) haben sich im 111. wie schon im 110. Congress der demokratischen Fraktion angeschlossen.

** Das Ergebnis der Senatswahlen von Minnesota ist nach wie vor umstritten.

In Minnesota hält der juristische Grabenkampf zwischen dem demokratischen Kandidaten Al Franken und seinem republikanischen Kontrahenten Norm Coleman auch sechs Monate nach dem Wahltermin an. Ein sogenannter *State Trial Court* hatte am 13. April 2009 den Demokraten Franken mit einem Vorsprung von 312 Stimmen zum Sieger der Senatswahl erklärt, in der 2,9 Millionen Wahlberechtigte Minnesotas ihre Stimme im November 2008 abgegeben hatten. Colemans Anwälte legten gegen diese Entscheidung der drei Richter Berufung beim *State Supreme Court* ein, weil das Gericht „Wählerstimmen in seine Entscheidung einbezogen“ habe, die ursprünglich als

„illegal“ gewertet worden seien. Mit einer Entscheidung des Obersten Gerichtshofs Minnesotas wird nicht vor dem Monat Juni gerechnet.